

Strittige Punkte des Klassenkampfes

Von Guenther Sandleben

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg. ... Proletarische Revolutionen dagegen wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen“. ... (Sie) scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht...“ (Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte)

Innerhalb und zwischen den Staaten toben Konflikte, die sich zeitweise derart zuspitzen, dass man sie als Bürgerkrieg oder als Krieg bezeichnet.¹ Welche Rolle die Klassen dabei spielen, wird sehr unterschiedlich beurteilt, auch innerhalb der linksorientierten Debatten. Der kürzlich verstorbene Jürgen Habermas steht für das große Bemühen, die Existenz des Klassenkampfes herunterzuspielen. In der Tradition der Kritischen Theorie stehend hat er den Klassen- und Revolutionsgedanken Schritt für Schritt entkernt bis hin zu der Botschaft, dass die expansiv-aggressiv ausgelegte kapitalistische Produktionsweise mit den darin fest verankerten Klassenverhältnisse nicht mehr den Kern tobender Konflikte bilden würde. Klassen tauchen bei ihm nur noch als relativ unbedeutende soziologische Größen auf, nicht jedoch als Motoren gesellschaftlicher Prozesse.

Im Zentrum steht für ihn eine Öffentlichkeit, in der statt Interessen das bessere Argument zählen soll. Dieses sollte sich idealerweise in einem „herrschaftsfreien Diskurs“ frei von ökonomischen Machtstrukturen herausbilden. Eine solch empörend realitätsferne Betrachtung dient der Unterfütterung eines fragwürdig gewordenen Demokratiemodells, das gegen einen auswärtigen „Autoritarismus“ in Stellung gebracht wird, den es unbedingt zu bekämpfen gelte. Antifa-Gruppen, sich marxistisch nennende Internationalisten, grüne und sozialdemokratische Demokratieschützer bilden eine Verteidigungslinie für eine Demokratie, die mit tatsächlicher Selbstbestimmung eines Volkes in unserer Realität nichts zu tun hat. Diese Demokratie ist dabei, sich mit noch mehr Repressionsinstrumenten gegen die wachsende Unzufriedenheit abzusichern.

Diese aktuelle Debatte hat ihre eigene Geschichte, die mit dem Staatsphilosophen Jürgen Habermas einen klar bürgerlichen Abschluss gefunden hat.² Die Weichen wurden jedoch bereits früher gestellt: Die ältere Kritische Theorie (1930er–1960er) stützte sich noch auf etliche Erkenntnisse der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und stellte die ökonomisch bestimmten Herrschaftsverhältnisse, die Klassen und deren Kämpfe in den Vordergrund. Sie betonte, dass der Kapitalismus die Voraussetzung für den Faschismus gewesen war und dass deshalb nur die Beseitigung des Kapitalismus ein wirksamer Schutz gegen eine neuerliche Barbarei sein könnte.³

Mit dem Kalten Krieg und dem stark wachsenden Anpassungsdruck verlor diese Kapitalismuskritik mehr und mehr an Schärfe, bis schließlich die revolutionäre Perspektive so weit verdunkelt war, dass selbst die Kritische Theorie Teil der Staatsphilosophie werden konnte. Schon in seiner Habilitationsschrift hatte sich Adorno von der Revolutionstheorie verabschiedet. An deren Stelle trat das liberale Dogma von der gleichberechtigten Teilhabe aller, schon ein Hinweis auf den

¹ Näheres dazu unter Punkt 4. „Menschheitsverbrechen der Shoa“

² Bundespräsident Steinmeier und Bundeskanzler Merz würdigten Habermas als „großen Aufklärer“ bzw. als Orientierungsfigur des demokratischen Staates. Habermas habe mit Weitblick und historischer Größe politische und gesellschaftliche Entwicklungen begleitet, so das Dankeschön von Merz. "Seine analytische Schärfe prägte weit über die Grenzen unseres Landes hinaus den demokratischen Diskurs und wirkte wie ein Leuchtfeuer in tosender See." Habermas' soziologische und philosophische Arbeit habe Generationen von Forschern und Denkern geprägt. Für das Gemeinwesen seien seine intellektuelle Eindringlichkeit und seine Liberalität unersetzlich gewesen.

(https://www.sonntagsblatt.de/artikel/epd/merz-und-steinmeier-wuerdigen-habermas-als-grossen-aufklaerer-und-demokratiedenker?utm_source=copilot.com)

³ Vgl. Philip Lenhard (2024), Café Marx: Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule, S. 496

„herrschaftsfreien Diskurs“ des späteren Habermas. „Was es heute zu verteidigen gilt“, schrieb am 27. September 1958 Max Horkheimer an Adorno, „scheint mir ganz und gar nicht die Aufhebung der Philosophie in Revolution, sondern der Rest der bürgerlichen Civilisation zu sein, in der der Gedanke individueller Freiheit und der richtigen Gesellschaft noch eine Stätte hat.“⁴

Habermas, der damals noch revolutionäre Versatzstücke im Kopf hatte, wurde von Horkheimer dafür kritisiert, „noch immer am Begriff des Proletariats und der Idee der Revolution festzuhalten, obwohl die geschichtliche Erfahrung gelehrt habe, dass es in der Gegenwart vor allem darum gehe, einen Rückfall in die Barbarei zu verhindern“.⁵ Auf diesen strittigen Punkt des Klassenkampfes werde ich im Rahmen eines kleineren Diskussionszusammenhangs gleich noch genauer eingehen. So wurde die Demokratie gegen die „faschistische Barbarei“ in Stellung gebracht und der Hinweis auf das „historische Versagen der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus“ führte zu Adornos These, das Denken und Handeln so einzurichten, dass sich Auschwitz nicht wiederhole und nichts Ähnliches geschehe. Diese These erhielt den Rang eines kategorischen Imperativs, der keiner weiteren Begründung bedurfte und sich von selbst verstehen sollte. In den Vordergrund rückte der Holocaust, die Vernichtung der europäischen Juden, den Adorno als absoluten Negativpunkt der Geschichte, als absoluten Zivilisationsbruch definierte. Darin eingeschlossen war die angebliche Unfähigkeit des Proletariats, diese Katastrophe verhindert zu haben, was gelegentlich als Mitschuld interpretiert wird. Die Hoffnung, das Proletariat werde die von ihm innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erbrachten Errungenschaften in eine neue, selbstbestimmte kommunistische Gesellschaft durch eine soziale und politische Revolution hinüberretten, verwandelte sich in die pessimistische Sicht, dass die Idee des Fortschritts nach dem Holocaust zerstört sei und revolutionäre proletarische Massenkämpfe in Autoritarismus oder gar in eine neue Barbarei umschlagen könnten. Implizit lief diese Warnung vor einer proletarischen Revolution auf die merkwürdige Vorstellung hinaus, dass die Gesellschaft zwar grundlegend verändert werden müsse, Massenkämpfe mit einer revolutionären Perspektive jedoch keine Lösung seien.

Ein solches Paradoxon musste zwangsläufig in eine reformistische Perspektive münden. Nur der im Wettstreit der Meinungen entstandene Konsens sollte grundlegendere Verbesserungen in Richtung Emanzipation initiieren – ausgerechnet durchgesetzt von den Institutionen, die die Herrschaftsverhältnisse doch bildeten und garantierten. Die mit Klassengegensätzen einhergehenden Antagonismen, die einem vernünftigen Konsens entgegenstehen, durften in dieser Denkweise keine Rolle spielen. Somit wurde die Marxsche Auffassung an dieser Stelle entkernt. Das Ideal eines herrschaftsfreien Diskurses drängte sich auf.

Die Vorstellungen der Kritischen Theorie beeinflussten auch die Diskussionen innerhalb des linksorientierten Spektrums. Selbst in Organisationen mit einer revolutionär-proletarischen Ausrichtung, die eine revolutionäre Überwindung der Produktionsverhältnisse für möglich und notwendig hielten, spielte der Revolutions- und Fortschrittpessimismus der Kritischen Theorie immer wieder eine Rolle.

Als Beispiel greife ich eine Debatte auf, die im Jahre 2017 in der Proletarischen Plattform einsetzte und im kleinen Kreis bis heute fortgeführt wird. Bei der inzwischen aufgelösten Proletarischen Plattform (PP) handelte es sich um eine kleine, revolutionär-marxistische Strömung innerhalb der Partei DIE LINKE, die 2011 gegründet wurde.⁶ Sie verstand sich als kommunistische, klassenkämpferische Plattform, die auch außerhalb der Partei DIE LINKE dahingehend mitwirken wollte, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

Unsere Debatte entzündete sich an der Einleitung des in Hamburg erstellten „Entwurf für ein Aktionsprogramm der PP“ vom 17. April 2017. Da durch besondere Umstände nicht alle Genossen an der Diskussionsrunde teilnahmen, erhielt die Debatte auch eine schriftliche Form, die ich nachfolgend aufgreife. Zur besseren Übersicht habe ich nur zwei schriftliche Beiträge ausgewählt: Ersten meine meistens ablehnenden / korrigierenden Anmerkungen, die ich weiter unten als Anhang („Hinweise zur Einleitung“ vom Juni 2017) beigelegt habe. Daniel Dockerill hat meinen schriftlichen Debattenbeitrag kritisch und detailliert in seinem im Internet verfügbaren Aufsatz „Vom Fortschritt des Elends zum Elend des Fortschritts“ aufgegriffen.⁷

⁴ Zitiert bei Lenhard (2024), S. 496

⁵ Ebenda

⁶ Die Gründungsdokumente der Proletarischen Plattform findet der Leser unter: <https://www.planet-marx.net/2011/05/01/programmatische-eckpunkte-der-proletarischen-plattform/>, <https://www.planet-marx.net/2011/05/01/klasse-politik-heute-thesen/>

⁷ <https://www.planet-marx.net/2023/05/28/vom-fortschritt-des-elends-zum-elend-des-fortschritts/>

1. Vom Fortschritt des Elends zum Elend des Fortschritts

In seinem Beitrag hebt Daniel bezogen auf meine Kritik an der Einleitung „zwei Fragenkomplexe“ hervor:

- I. „Fernwirkungen des Faschismus“ und
- II. „... im Elend nur das Elend ...“.

Bevor ich darauf detailliert eingehe noch zwei Vorbemerkungen: In den von Daniel hervorgehobenen zwei Punkten spiegelt sich meines Erachtens das Denken der Kritischen Theorie wider, vor allem Adornos Kategorischer Imperativ nach Auschwitz. Unsere im kleineren Kreis sehr intensiv und kritisch betriebene Diskussion stellt meines Erachtens eine beachtliche Vertiefung und Konkretisierung jener großen Debatte dar, so dass sie auch für Außenstehende von größerem Interesse sein dürfte.

Zweitens richtete sich meine Kritik (siehe untenstehenden **A N H A N G**: „Hinweise zur Einleitung“) vor allem gegen den in der Einleitung immer wieder durchschimmernden Hang zum Reformismus, der - worauf ich bereits hingewiesen habe – auch in der Kritischen Theorie eine Quelle gehabt haben dürfte. Statt auf die Notwendigkeit eines radikalen Bruchs mit der kapitalistischen Produktionsweise und ihrem bürgerlichen Staat zu verweisen, also die Revolution offen anzusprechen, sollte, wie es in der Einleitung heißt, die „Herkulesaufgabe“ nur darin bestehen, „diesen Prozess möglichst ohne erneuten Weltenbrand, geplant und zielgerichtet zu gestalten.“ Es ist schon merkwürdig, so mein damaliger Kommentar zur Einleitung, dass der Begriff „Revolution“ derzeit „mehr von Bürgern (siehe z. B. Emmanuel Macron, der gerade die zweite französische Revolution ausgerufen hat) als von Linken verwendet wird. Warum spricht die Einleitung nicht klar und deutlich ebenfalls von einer Revolution, einer proletarischen Revolution der großen Masse, die unbedingt notwendig ist, um die Herrschenden zu stürzen und um in diesem Prozess den ganzen alten Dreck hinter sich zu lassen.“

Weitere Passagen kritisiere ich, darunter Folgendes: Der Kapitalismus als die innovativste Gesellschaftsformation „ermöglichte(!!!) die schlimmsten Menschheitsverbrechen und eröffnet gleichwohl den Durchgang hin zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft“. Mein Kommentar zu diesem Satz in der „Einleitung“: „Wo kommen denn die Menschheitsverbrechen her, wenn nicht aus dem Schoße des Kapitalismus selbst. Hier werden sie produziert und keineswegs nur „ermöglicht“! Mit solchen Formulierungen nahm die „Einleitung“ die kapitalistische Produktionsweise aus der Schusslinie und redete sie schön.“

Daniels Schrift „Vom Fortschritt des Elends zum Elend des Fortschritts“ enthält einige bedeutende Punkte, die wenig ausgeführt sind und die ich deshalb unkommentiert lasse. Dazu zählt der Absatz „technologisch versierte Termiten“, eine Bezeichnung, mit der Wolfgang Pohrt ein Menschevolk charakterisierte, das zwar technisch sehr versiert, jedoch bewusstseinsmäßig und kritisch verarmt. Die Menschen würden wie Insekten in einem Staat funktionieren: effizient, arbeitsteilig, aber ohne Autonomie, Reflexion oder Freiheit. Daniel verbindet diesen Vergleich mit dem von Marx analysierten modernen kapitalistischen Produktionsprozess, worin in Gestalt des Fabriksystems nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingungen, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingungen den Arbeiter anwendeten. Aus dem Subjekt des Arbeitsprozesses, das bewusst produziert und gestaltet, würden unter dem Gesichtspunkt des Verwertungsprozesses des Kapitals hoch spezialisierte aber bewusstlos agierende Wesen. Solche technologisch versierte, ohne Selbstbewusstsein agierende Menschevölker wären unfähig für eine revolutionäre Umgestaltung.

Eine weitere so hingeworfene These von Daniel lautet:

„Nicht seine Kritik der politischen Ökonomie lieferte Marx den Schluss auf jenes „revolutionäre Subjekt“ namens „Proletariat“ – herleiten lässt sich aus ihr nichts dergleichen –, sondern genau andersherum begründete die schiere Evidenz des Daseins und Wirkens dieses Subjekts allererst eine Kritik der politischen Ökonomie“.

Bereits in der Revisionismusdebatte (1896–1903) meinte Eduard Bernstein, die Marxsche Revolutionstheorie sei von der wissenschaftlich ausgelegten Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zu trennen. Diese Auffassung ist häufig wiederholt worden, unter anderem vom konservativen Kulturkritiker Prof. Dr. Rolf Peter Sieferle, der glaubte nachgewiesen zu haben, dass die Revolutionstheorie von Marx nicht notwendiges inneres Resultat seiner Theorie sei. „Seine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft kann daher Geltung beanspruchen, auch wenn seine Revolutionsvorstellung historisch obsolet geworden ist.“⁸

Dazu habe ich auf verschiedenen Vorträgen eine Gegenthese entwickelt: „Die Marxsche Revolutionstheorie geht nicht aus bloßen geschichtsphilosophischen Vorstellungen hervor. Sie ist auch nicht Resultat von Gerechtigkeitsvorstellungen. Marx entwickelt Möglichkeit und Notwendigkeit der Revolution aus den wirklichen Lebensverhältnissen, die er in seiner Kritik der politischen Ökonomie systematisch analysierte. Das Marxsche Kapital enthält eine Revolutionstheorie, ohne dass hier der konkret-historische Verlauf von Revolutionen, Organisationsfragen, Staatsbetrachtungen etc. analysiert werden. Dies blieb den politischen Schriften vorbehalten, darunter seinen Frankreichschriften.“⁹

Nachfolgend konzentriere ich mich auf die zwei Hauptpunkte I. „Fernwirkungen des Faschismus“ und II. „... im Elend nur das Elend ...“. Daniels Schrift „Vom Fortschritt des Elends zum Elend des Fortschritts“ enthält als Reaktion auf unsere mündliche Diskussion ab Seite 32 den „Nachtrag: Wer verantwortet die Shoa?“, versehen mit weiteren wichtigen Hinweisen, auf die ich ebenfalls eingehe.

⁸Sieferle, Die Revolution in der Theorie von Karl Marx, 1979, S. 11

⁹Revolution Ade? Kritische Anmerkungen zu den Versuchen, die Marxsche Revolutionstheorie zu beerdigen. Vortrag von Guenther Sandleben in Frankfurt 2018 file:///C:/Users/G%C3%BCnter/Downloads/Revolution%20Ade_Vortrag_Frankfurt_-3.pdf

2. Zum Charakter der Niederlage von 1933 – „Sozialismus, die Partei der Hoffnung“. Eine solche Partei, gab es sie wirklich?

Unbestritten dürfte sein, dass der Siegeszug des Faschismus vor allem die deutsche Arbeiterbewegung zertrümmerte. Die Selbsttätigkeit der Klasse in Gewerkschaften, in Parteien, in Vereinen auf Demonstrationen bis hin zu Massenstreiks etc. war beseitigt und bis Ende des Zweiten Weltkriegs spielte das Proletariat in Deutschland als eigenständiger politischer Faktor keine Rolle. Statt die faschistische Machtübernahme Anfang 1933 durch Massenstreiks, Generalstreiks etc. zu verhindern und zu versuchen, offensiv durch die Errichtung eigener Machtorgane den korrupten bürgerlichen Staat zu paralysieren und schließlich zu zertrümmern, wie es ansatzweise als Reaktion auf den Kapp-Putsch (13.–17. März 1920: Arbeiter vor allem im Ruhrgebiet erheben sich, KPD, USPD und SPD bilden ein Bündnis und rufen zu Arbeiterräten auf) der Fall war, war das Proletariat als eigenständige Klasse auf der politischen Bühne gar nicht sichtbar und seine politischen und gewerkschaftlichen Organe blieben stumm und untätig. Auf erbärmliche Weise kapitulierten sie, oder passten sich an, übernahmen teilweise das nationalistische Vokabular oder versuchten, wie man das anhand der Dokumente des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) gut belegen kann, durch widerliches Wohlverhalten die eigene Legalität zu retten.¹⁰

Daniel hebt den Charakter dieser Niederlage hervor und sieht vor allem darin den bis heute immer noch fernwirkenden Bruch in der Klassenbewegung des Proletariats, der weit schwerer wiegen würde als die Ereignisse von 1914, als SPD und Gewerkschaften gleichfalls darauf verzichteten, auf die anstehende Barbarei des Krieges mit einem revolutionären Aufstand zu antworten. Daniel schreibt:

Es war die Weigerung dieser Organisationen, mit allen, weiß Gott sehr beträchtlichen Mitteln, die ihnen zur Verfügung gestanden hätten, sich ihrer drohenden Vernichtung entgegenzustemmen. Der Sieg der Nazis, „der Partei der Verzweiflung“, wie Trotzki schreibt, ‚war nur möglich, weil der Sozialismus, die Partei der Hoffnung, sich als unfähig erwies, die Macht zu ergreifen.‘ ... Und in diesem Sinne trägt der Sozialismus, der Kommunismus, die Partei der Hoffnung auf das Erreichen jener „menschlichen Gesellschaft“, als welche Marx (MEW 40, S. 546) den Sozialismus bezeichnet hat; trägt die Partei der Hoffnung auf „das Gelingen der Menschwerdung des Menschentieres“ die historische Verantwortung für alles, was aus diesem entsetzlichen Triumph der Partei der amoklaufenden Verzweiflung am Menschsein, der radikalen Absage an jegliche Humanität gefolgt ist.“

Doch „Sozialismus, der Kommunismus, die Partei der Hoffnung“, gab es sie wirklich? SPD und KPD hatten Anfang der 1930er Jahre, als der Hitler-Faschismus den Sieg nicht nur im Parlament sondern allmählich auch auf der Straße erkämpfte, gerade keine gemeinsamen praktischen Ziele. Ihre strategischen Ziele, Methoden und Feindbilder waren so gegensätzlich, dass sie ihre „beträchtlichen Mittel“ nicht für einen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, sondern mehr gegeneinander einsetzten. Statt sich „ihrer drohenden Vernichtung entgegenzustemmen“, wie Daniel schreibt, wollten sie einander vernichten. Sie sahen sich wechselseitig mal mehr mal weniger als Hauptfeind. Wie unbestritten feststeht, hatte die SPD die bürgerlich-kapitalistische Weimarer Verfassung 1918/19 blutig gegen das Proletariat durchgesetzt und vor keiner Intrige, vor keinem Gewaltmittel und selbst vor keinem Mord an den anerkannten Führern der revolutionären Arbeiterbewegung zurückgeschreckt, um den Sozialismus zu verhindern. Als Retterin der kapitalistischen Produktionsweise hielt sie an deren politische Form immer fest. Die SPD war tragende Kraft der Weimarer Republik. Sie sah nicht nur in der NSDAP eine Gefahr für die Demokratie, sondern vor allem in der KPD, die sie als revolutionäre Bedrohung der Demokratie bekämpfte. Die Kommunisten seien „Moskau-Agenten“, „Staatsgefährder“, „Feinde der Demokratie“ etc.

¹⁰15.4.1933: Vorstand des ADGB: Aufruf zum 1. Mai. „Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen(!) Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein(!), Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.... Wir begrüßen(!) es, dass die Reichsregierung diesem unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. An diesem Tag soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen. Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt(!) demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft(!) werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.“ Der vorausseilende Gehorsam wurde nicht belohnt: Zwei Wochen später, am 2. Mai 1933, wurden alle Gewerkschaftshäuser besetzt und die Organisationen zerschlagen.

Daniel kennt diese tragische Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD und hat öfter die Sozialfaschismusthese der KPD kritisiert, die ebenfalls einer Einheitsfront der Arbeiterparteien gegen den Faschismus im Wege stand. Umso mehr wundert mich, dass Daniel von „einer Partei der Hoffnung“ redet, die sich – in den Worten Trotzki - „als unfähig erwies, die Macht zu ergreifen.“ Wie sollten derart verfeindete Parteien gemeinsam die Macht ergreifen und um welche Macht hätte es sich handeln können? Die von der KPD angestrebte Räterepublik hatte die SPD bereits 1918 bis 1923 mehrmals im Blute ertränkt und mit der Weimarer Republik als die politische Form der von der KPD verhassten kapitalistischen Produktionsweise wollte sich die KPD aus verständlichen Gründen nicht begnügen, zumal sie befürchten musste, als „Moskau-Agent“, als „Staatsgefährder“ und als „Feinde der Demokratie“ verboten zu werden. Vorzeichen gab es längst: In Preußen stellte die SPD den Ministerpräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten, Karl Zörgiebel, bekannt geworden und gehasst wegen des Blutbads am 1. Mai 1929 mit 33 Toten, mit hunderten Verletzten, Festnahmen, Hausdurchsuchungen, polizeilichen Überwachungen, Presseverbote gegen einzelne Zeitungen der KPD.

„Die Partei der Hoffnung auf das Erreichen jener „menschlichen Gesellschaft“, als welche Marx den Sozialismus bezeichnet hat, hat es meines Erachtens gar nicht gegeben. Sie ist Illusion, reines Wunschdenken und dies keineswegs erst Anfang der 1930er Jahre. Die SPD als Teil dieser „Partei der Hoffnung“ zu bezeichnen, war spätestens mit der Unterwerfung unter die Kriegspolitik des Kaiserreichs 1914 Illusion. Und auf eine solche Illusion baut Daniel seine Argumentation von der nicht enden wollenden „historischen Verantwortung“ auf. Den moralischen Zeigefinger bringt er zusätzlich ins Spiel, wenn er dem Leser suggeriert, dass die Verantwortung noch größer werde, „je mehr wir (also auch seine Leser) diese Verantwortung ignorieren oder gar von uns weisen, statt sie anzuerkennen, zu reflektieren und so uns zu eigen zu machen.“

3. Rückfall in die Barbarei – sporadisch oder endgültig?

Rosa Luxemburg bezeichnet in ihrer Junius-Broschüre (Band 4 der Gesammelten Werke, S. 62) den Weltkrieg als Rückfall in die Barbarei.

„Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen ... vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus.“ Dies sei ein Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder – Oder. „Die Zukunft der Kultur und der Menschheit hängt davon ab, ob das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert mit männlichem Entschluß in die Waagschale wirft.“

Sporadische Vernichtung der Kultur während der Dauer eines modernen Krieges oder endgültiger Untergang jeglicher Kultur, Entvölkerung, Verödung...ein großer Friedhof, falls der Sieg des Sozialismus ausbleibt, also „gemeinsamer Untergang der kämpfenden Klassen“, wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest formulierten, sofern die revolutionäre Umgestaltung misslingt. Um den endgültigen Untergang zu verhindern, müsse „das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert in die Waagschale werfen“. Die sozialistische Revolution sei die Alternative zur Barbarei.

Diesen bedeutenden Gedanken hebt Daniel mit diesem Luxemburg-Zitat hervor, um dann folgende zwei Schlüsse zu ziehen:

„Der ‚Untergang in der Barbarei‘ erwies sich ... zunächst als nur ‚sporadisch‘ und noch nicht etwa ‚endgültig‘.“

Diese erste Folgerung wird man wohl kaum in Frage stellen können, so korrekt und historisch nachweisbar ist sie. Das Proletariat als eigenständige Klasse erholte sich nach der Niederlage von 1914, erneuerte sich, entwickelte im Kampf sein Bewusstsein und schuf neue Klassenorgane bzw. erneuerte die alten. Auch die revolutionären Ereignisse von 1918 bis 1923 und teilweise noch später legen Zeugnis ab, dass das deutsche Proletariat noch immer fähig und bereit war, sein „revolutionäres Kampfschwert in die Waagschale zu werfen“. Die durchlebten Massaker des ersten Weltkriegs und die katastrophale Kapitulation von SPD und Gewerkschaft vor der Kriegspolitik ihrer monarchistisch-autitären Regierung hatten das Proletariat keineswegs dauerhaft gelähmt und unfähig gemacht, Träger einer revolutionären Umgestaltung zu werden. Die Widersprüche und Gegensätze der fortbestehenden kapitalistischen Produktionsweise, also das Elend seiner Klassenlage, zwangen es immer wieder, den Kampf aufzunehmen, schon um die eigene Existenz zu sichern.

„Keine zwanzig Jahre später sah es dann ganz fürchterlich anders aus“, leitet Daniel seine zweite Schlussfolgerung ein. Der bereits beschriebene „Charakter der Niederlage von 1933“ brachte seiner Meinung „die endgültige Entscheidung“. Seitdem habe das Proletariat seine Fähigkeit zur sozialistischen Revolution verloren.

Ob endgültig, oder doch nur zeitweise verloren, bleibt m. E. offen. Ebenso bleibt die Frage ungelöst, inwieweit die angeblich politisch verlorengegangene Qualität, die eigenen Klasseninteressen zu erkennen und zu vertreten, durch den fortschreitenden kapitalistischen Akkumulationsprozess eine Renaissance erlebt, indem die Lohnabhängigen immer wieder in Kämpfe hineingezwungen werden, in denen sie sich als eigenständig-kollektive Kraft neu entdecken und sich verlorengegangenes Klassenbewusstsein neu herausbildet und sich revolutionär entfalten kann. Eine Renaissance der Klassenkämpfe gab es, wie Daniel zugesteht, nach der schweren Niederlage von 1914. Auch gibt es m. E. etliche Belege dafür, dass eine solche Renaissance nach der fürchterlichen Niederlage in den 1930er Jahren erneut einsetzte. In den von Daniel zitierten Passagen aus meinen „Hinweise zur Einleitung“ werden einige solcher Belege unter dem Stichwort „Fernwirkungen des Faschismus“ angeführt.

Schließlich wirft sich die bedeutende Frage auf, ob die „endgültige Entscheidung“ auch auf das heutige Weltproletariat „fernwirkt“, das sich nach dem zweiten Weltkrieg und vor allem in den zurückliegenden 30 Jahren völlig verändert hat, sowohl was die relative Bedeutung des deutschen und europäischen Proletariats angeht als auch mit Blick auf die Milliarden Proletarier, die der Akkumulationsprozess vor allem im globalen Süden attrahiert hat. Soll die „endgültige

Entscheidung“, getroffen vor fast 90 Jahren und dazu von den Vertretern eines Proletariats, das heute tendenziell zur Randerscheinung geworden ist, auch einen „Bruch in der Klassenbewegung“ des Weltproletariats bewirkt haben? Eine keineswegs nebensächliche Frage, auf die Daniel vielleicht eine Antwort weiß.

4. „Menschheitsverbrechen der Shoa“

Als Resultat ist festzuhalten, dass Daniels zweite Schlussfolgerung aus dem Luxemburg-Zitat nicht nachvollziehbar ist. Sie erkennt nicht nur die tatsächliche Klassenbewegung des Proletariats nach dem zweiten Weltkrieg, sondern auch die beständigen Wirkungen des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses auf die Klassenbildung selbst und auf das Klassenbewusstsein. Es ist die kapitalistische Produktionsweise selbst, die das Proletariat immer wieder in Kämpfe zwingt, worin es nicht nur sein Klassenbewusstsein sondern auch seine eigenen Klassenorgane entwickelt.

Auf der anderen Seite des Klassenverhältnisses findet die Bourgeoisie keinen Frieden, weil sie beständig Krieg führt, einmal gegen die Bourgeoisien anderer Länder, wie das gegenwärtige Kriegsgeschehen und das Wettrüsten zeigen, zum anderen gegen die Klasse ihrer Lohnabhängigen. Hier führt sie den Kampf um die Erhöhung der Mehrwertrate und setzt ihre traditionellen Mittel ein, darunter Reallohnsenkungen (meist bewirkt durch Inflation), Arbeitszeitverlängerung (Erhöhung der Wochenarbeitszeit, späterer Renteneintritt), höhere Arbeitsintensität (Beschleunigung des Arbeitstempos, Flexibilisierung der Arbeit), Kürzung indirekter Löhne (Sozialabbau). Der Einsatz neuer Technologien dient ihr als ständiges Mittel, um die Fortschritte in der Arbeitsproduktivität zur Steigerung der Mehrwertrate zu nutzen. Der Klassenkrieg ist also permanent.

Kann es unter den Bedingungen einer permanenten Klassenauseinandersetzung einen Bruch geben in der Klassenbewegung des Proletariats, der so schwerwiegend ist, dass an eine revolutionäre Veränderung hin zu einer befreiten Gesellschaft nicht mehr zu denken ist?

Was muss ein solcher Bruch beinhalten? Daniel führt die „Menschheitsverbrechen der Shoa“ an, die sich das Proletariat „anrechnen“ lassen müsse.

„Denn wer anders als das Proletariat hatte denn die Fähigkeit oder auch nur den Ehrgeiz besessen, dieser Bourgeoisie das Handwerk zu legen?“

Ohne Zweifel ermöglichte die historische Passivität des Proletariats in einem Moment, der eigentlich aktives Eingreifen verlangt hätte, die Machtübernahme der Faschisten. Hat das Proletariat mit diesem „Charakter der Niederlage von 1933“, mit dieser „endgültigen Entscheidung“, wie Daniel es nennt, auch die Shoa zu verantworten? 1914 ermöglichte die SPD mit ihrer Unterwerfung unter die Kriegspolitik des autoritären Kaiserreichs den Krieg. An die Stelle des Kampfes traten Kapitulation, Selbstzerstörung, Zertrümmerung der proletarischen Solidarität. Statt Aufhebung der Konkurrenz untereinander durch gemeinsamen Kampf, schickten Sozialdemokraten und Gewerkschaftler ihre Anhänger in die Konkurrenz des Krieges, um sich dort im patriotischen Taumel wohl geordnet nach Nationalität wechselseitig abzuschlachten. Wäre der Bruch immer noch partiell gewesen, wie Daniel diese Kapitulation von 1914 interpretiert, wenn sich nahtlos eine Shoa von den Dimensionen der Nazi-Herrschaft angeschlossen hätte? Was gibt der Shoa die Bedeutung, dass der „Untergang in der Barbarei“ die Qualität von „endgültig“ erhält.

Man sollte bedenken, dass der eigentliche Holocaust – die systematische, industrielle Vernichtung – im Sommer 1941 einsetzte. KPD, SPD, ADGB und andere Organisationen der Arbeiter waren allesamt im Juni 1933 verboten, die KPD war bereits wenige Wochen nach Hitlers Machtergreifung weitgehend zerschlagen. Bewegungsmöglichkeiten für eine Selbsttätigkeit des Proletariats waren durch die Beseitigung der proletarischen Presse- und Organisationsfreiheit kaum noch vorhanden. Muss sich unter solchen Bedingungen das Proletariat die „Menschheitsverbrechen der Shoa“ anrechnen lassen, obwohl sie erst acht Jahre später massenhaft und systematisch vollzogen wurden von einer Regierung, die das Proletariat als selbsttätige Klasse zerschlagen hatte? Verbrechen, die nur schwer absehbar waren, wird sich eine Klasse kaum anrechnen lassen, die selbst durch den Staatsterror in ihrer Selbsttätigkeit ausgeschaltet war, lange bevor diese Verbrechen passierten.

1914 waren die Menschheitsverbrechen des unmittelbar bevorstehenden Krieges mit den Händen greifbar. SPD und Gewerkschaften entschieden sich dennoch bewusst für den Krieg. Fast 20

Jahre später war der Krieg eher eine theoretische Möglichkeit und die Menschheitsverbrechen der Shoa kaum vorstellbar. Viele glaubten, Hitler würde bald wieder abtreten müssen. Welche Verantwortung wiegt schwerer: Die von 1914 oder die von 1933?

Daniel stützt seine zweite Schlussfolgerung auf die bereits zitierte Überlegung von Rosa Luxemburg, dass im Unterschied zur sporadischen Vernichtung der Kultur für die Dauer eines modernen Krieges es zu einer „endgültigen“ käme, würde die „begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen“. Mit Vernichtung der Kultur verband sie eine nachhaltige, dauerhafte Vernichtung einschließlich der hoch entwickelten Arbeitsteilung: „Entvölkerung, Verödung, ein großer Friedhof“. Der Kapitalismus mit seiner arbeitsteiligen Warenproduktion, mit seinem hoch entwickelten Geld- und Kreditwesen würde nicht mehr existieren. Die Menschen, falls einige von ihnen trotz der „Entvölkerung“ überlebt hätten, wären auf eine primitive Arbeitsteilung zurückgeworfen, eine Rückkehr der Jäger- und Sammlerkultur, vielleicht verbunden mit landwirtschaftlicher und handwerklicher Tätigkeit auf niedrigem technischen Niveau.

Mir ist unverständlich geblieben, weshalb Daniel Luxemburgs Hinweis auf die dauerhafte Vernichtung der Kultur auf Hitlers Menschheitsverbrechen der Shoa bezieht. So schwerwiegend diese Menschheitsverbrechen auch waren, eine Vernichtung der Kultur im Sinne des Rückfalls in die Anfänge der Menschheit hat es nicht im Geringsten gegeben. Die Produktivkräfte entwickelten sich im flott akkumulierenden Kapitalismus weiter und bereits wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg übertraf die Reichumsproduktion das Vorkriegsniveau.

Allerdings ist Luxemburgs Hinweis auf die Gefahr einer „endgültigen“ Vernichtung der Kultur, „sofern die begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte“, in unseren Tagen von größter Wichtigkeit. Wettrüsten, allseitige Militarisierung, Kriegsrhetorik, zunehmende geopolitische und nationalstaatliche Gegensätze und Spannungen treiben in Richtung eines weiteren Weltkriegs, der diesmal die Qualität besitzt, mit den aufgehäuften Massenvernichtungswaffen den von Luxemburg angesprochenen „Untergang jeglicher Kultur“ herbeizuführen: „Entvölkerung, Verödung, ein großer Friedhof“ sind tatsächlich möglich geworden. Tatsächlich stehen wir heute vor der Wahl, wie Rosa Luxemburg in ihrer Analyse des Imperialismus und der revolutionären Möglichkeiten des Proletariats herausfand, „entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, ... oder Sieg des Sozialismus, d.h. der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg“. (Band 4: S. 62)

5. Welche Klasse hat Shoa und Krieg zu verantworten?

Unbestritten haben vor allem Proletarier, d. h. die breiten Massen der Bevölkerung, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um selbst leben zu können, die Mordanlagen gebaut, die Transporte organisiert, die KZ errichtet und bewacht und schließlich die systematischen Morde vollzogen. Aber sie taten diese Verbrechen als Lohnabhängige unter fremder Leitung und für fremde Zwecke und gerade nicht als selbsttätige Klasse, die ihre eigenen Ziele und ihre eigenständigen Klassenorgane hat. Eine solche Klasse gab es seit Mitte 1933 nicht mehr; sie war vom faschistischen Staat und seinen Banden zertrümmert worden. Einzeln verkauften die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft gegen Lohn an Unternehmer oder an den Staat oder mussten gegen Bezahlung als Soldaten dem Staat dienen. Erst durch diese Institutionen wurden sie zusammengebracht, organisiert und zu Funktionsgemeinschaften zusammengeschmiedet, die arbeitsteilig alle für die Massenmorde notwendigen Operationen meist unter ökonomisch-zweckrationalen Gesichtspunkten verrichteten. Über diejenigen, die als Soldaten gegen Bezahlung dem Staat dienen mussten, fand Kurt Tucholsky in dem Artikel „Der bewachte Kriegsschauplatz“ (Weltbühne vom 4.8.1931) klare Worte: „Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“¹¹

Die so von Kapital und Staat organisierten Lohnabhängigen stehen unter dem Kommando der entsprechenden Institutionen. Wegen dieser eindeutigen Herrschaftsverhältnisse werden sie gelegentlich als „Lohnsklaven“ bezeichnet, einsetzbar von den entsprechenden Institutionen als Ausbeutungsmaterial, als subjektiver Faktor der Produktion, einschließlich der Kriegsproduktion und je nach Bedarf des Staates auch einsetzbar als subjektiver Faktor einer Maschinerie, die Menschheitsverbrechen unter verschiedenen Titeln begeht, die zur Rechtfertigung und zur Verschleierung der ungeheuren Grausamkeiten erfunden werden: Krieg gegen die „jüdische Weltverschwörung“, gegen den „jüdischen Bolschewismus“, gegen die „Achse des Bösen“, gegen „den russischen Despotismus“ etc.

Das in dieser Lohnsklaverei feststeckende Proletariat ist das direkte Gegenteil einer für sich selbst tätigen Klasse. Seine Gewalttaten verantworten diejenigen, in deren Auftrag es handeln muss. Es sind die Unternehmer, die Finanziers, die Großgrundbesitzer, es sind die besitzenden Klassen, die die Verantwortung tragen. Und es ist ihr Staat, der nach innen und außen ihre gemeinsamen Interessen zur Geltung bringt. Das Menschheitsverbrechen der Shoa haben meines Erachtens die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat begangen. Sie organisierten arbeitsteilig sämtliche Vernichtungsapparate, besorgten die Massenmorde, arrangierten die Aufrüstungsprogramme bis hin zur Kriegstauglichkeit und schickten schließlich das hochgerüstete Militär in den Krieg.

Daniel relativiert diese aktive Rolle. Er sieht die Verantwortung lediglich darin, „das rekrutierte Mordgesindel“ ein Weilchen losgelassen zu haben, ohne es „rechtzeitig wieder einzufangen“. Die Menschheitsverbrechen von Shoa und Krieg sollen also nicht die Bourgeoisie und ihr Staat begangen haben, sondern das tobende „Mordgesindel“, das, so der Hinweis auf Trotzki, aus dem politischen Anhang Hitlers bestand: Offiziere, Beamte, Angestellte, Kleinkrämer, Kaufleute, Bauern, all die Zwischenschichten und zweifelhaften Klassen. „Unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Bewusstseins sind sie menschlicher Staub“, schreibt Trotzki im Jahr 1933 in dem von Daniel angeführten Zitat, was nur bedeuten kann, dass sie nicht Träger eines eigenständigen Bewusstseins sind. Sie folgen der entschlossen handelnden Partei.

Im Umfeld der faschistischen Machtübernahme hatte diese Anhängerschaft unter dem Gesichtspunkt der Wählerschaft Hitlers und seiner Terrorbanden eine gewisse Berechtigung. Jedoch setzten mit den wachsenden Erfolgsaussichten der NSDAP auch immer mehr Unternehmer auf Hitler, von dem sie eine autoritäre Lösung der ökonomischen und politischen Krise und vor allem ein entschlossenes Handeln gegen KPD, SPD und klassenkämpferische Gewerkschaften erhofften.

¹¹ „Der Krieg ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden. Zum systematischen Morden muss aber bei normal veranlagten Menschen erst der entsprechende Rausch erzeugt werden. ... Der Bestialität der Praxis muß die Bestialität der Gedanken und der Gesinnung entsprechen, diese muß jene vorbereiten und begleiten.“ (R. L., Gesamtausgabe 4, S. 64)

Diese aktive Rolle der Bourgeoisie ignoriert Daniel und vor allem reflektiert er nicht, dass sich der Unterstützerkreis änderte. Von der einstigen Anhängerschaft und Wählerbasis der NSDAP meint er auf den Klassencharakter des NS-Staates schließen zu können. Er wirft Fragen auf, die allesamt darauf hinauslaufen, die Bourgeoisie von den Menschheitsverbrechen freizusprechen:

„Lag der Wahnsinn des industriellen Massenmords an sechs Millionen Juden, dem am Ende alles andere, selbst kriegswichtige Ressourcen, untergeordnet oder gar geopfert wurde, tatsächlich im dezidierten Interesse auch nur maßgeblicher Teile der deutschen Bourgeoisie? War es nicht vielmehr so, dass angesichts der Paralyse der sozialen Kräfteverhältnisse auch diese Bourgeoisie sich schließlich keinen andern Rat mehr wusste, als das aus dem „menschlichen Staub“ (hier der Verweis auf Trotzki – G.S.) der im Verfall begriffenen Gesellschaft rekrutierte Mordgesindel ein Weilchen loszulassen und sich dann außerstande zeigte, es rechtzeitig wieder einzufangen?“

Spielte das „rekrutierte Mordgesindel“, das „ein Weilchen“ losgelassen wurde, noch eine Rolle in der Zeit, als der „industrielle Massenmord“ und die Verbrechen des Krieges stattfanden? Die SA als bedeutendste paramilitärische Gewaltformation war seit Anfang Juli 1934, nach der „Nacht der langen Messer“, bedeutungslos. Hitler hatte noch 1933 sämtliche Arbeiterorganisationen zerschlagen, warum sollte er sich seine Politik von irgendwelchen „Mordgesellen“ diktieren lassen, nachdem er fest im Sattel saß. Wer bestimmte seine Politik in der Zeit, als Unternehmer und Staat die Massenmorde durchführten?

Daniel erweckt den Eindruck, die „Mordgesellen“ hätten der Bourgeoisie und dem Staat die Richtlinien des mörderischen Verhaltens vorgeschrieben und somit die ungeheuren Verbrechen von Shoa und Krieg zu verantworten.

Eine solche Vorstellung verkennt völlig die politischen und ökonomischen Dienste, die Hitler sofort nach seiner Machtergreifung der deutschen Industrie bereitstellte und diese gleich zu Beginn zum zentralen Pfeiler seiner Politik machte. Die Unternehmer erhielten politisch genau das, was sie als notwendig ansahen: stabile Verhältnisse, Investitionssicherheit, Garantie ihres kapitalistischen Eigentums, ein politisches Bollwerk gegen den Kommunismus, die Vernichtung des selbsttätigen Proletariats inklusive seiner Klassenorgane, seiner Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten. Die Zerschlagung der KPD und ihrer Massenorganisationen stand ganz oben auf der Wunschliste. Wichtig waren auch die Abschaffung der Tarifautonomie und des Streikrechts sowie die Zerschlagung von Gewerkschaften und SPD. Das klassenkämpferische Element musste unbedingt beseitigt werden zugunsten einer Einheitsorganisation von Lohnabhängigen und Unternehmern, worin alle „schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust“ friedlich vereint waren. Diese Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzte ab 10. Mai 1933 den ADGB und erhielt mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (20. Januar 1934) eine rechtsstaatliche Grundlage. Vor 1933 bangten Bourgeoisie und Staat um ihre Machtpositionen, gleich nach der Machtergreifung Hitlers war diese Unsicherheit zugunsten des kapitalistischen Privateigentums ausgeräumt.

Nach dieser politischen Zeitenwende brachte der NS-Staat kreditfinanzierte Infrastruktur- und Rüstungsprogramme zur Herstellung der Kriegstüchtigkeit auf den Weg, so dass die Wirtschaft von massiven Staatsaufträgen profitierte. Zu den Profiteuren der ersten Reihe gehörten Krupp (Artillerie, Panzerteile), IG Farben (synthetischer Treibstoff, Buna, Chemie), Rheinmetall-Borsig (Waffen), MAN (Motoren, Panzer), Siemens (Elektronik, Rüstungstechnik). Da Streiks nicht mehr möglich waren, blieben die durch die Weltwirtschaftskrise stark gefallen Löhne auf niedrigem Niveau, ab 1940/41 sorgte der Einsatz von Zwangsarbeitern für erhebliche Kostensenkungen. Der wachsende Staatsinterventionismus ließ Bourgeoisie und Staat besonders eng zusammenrücken.

Wenn Daniel davon spricht, „dass angesichts der Paralyse der sozialen Kräfteverhältnisse auch diese Bourgeoisie sich schließlich keinen andern Rat mehr wusste, das rekrutierte Mordgesindel ein Weilchen loszulassen“, so bleibt unklar, auf welche Zeit er sich bezieht. Ist die Zeit um 1933 gemeint? Die „Paralyse der sozialen Kräfteverhältnisse“ soll eine Rolle gespielt haben. Gilt das auch für die späteren 1930er Jahre? Bereits im Sommer 1933 war das Proletariat als eigenständige soziale Kraft ausgeräumt. Welches Kräfteverhältnis konnte da noch paralysiert sein?

Guenther Sandleben, Berlin, März 2026

.....

ANHANG

Hinweise zur Einleitung (Guenter Sandleben, Juni 2017)

Die Einleitung ist flott geschrieben und gut formuliert. Sie enthält wichtige Gesichtspunkte. Einige aus meiner Sicht etwas ungenaue oder verzerrende Formulierungen habe ich angemerkt, kommentiert und direkt (in Blau) in den Einleitungstext (schwarz/kursiv) geschrieben.

Unterschiedliche Meinungen bestehen m. E. in der Frage der Fernwirkungen des Faschismus. Das sozialpartnerschaftliche Verhalten von heute würde ich nicht mehr auf die Niederlage der deutschen Kommunisten in den 1930er Jahren zurückführen. Zuviel Zeit ist inzwischen verflissen. Neue Entwicklungen, wie der Aufschwung und das Herausbilden kommunistischer Parteien in den 1960er und 1970er Jahren haben stattgefunden. Der Aufschwung der Kritik hat während dieser Zeit das sozialpartnerschaftliche Verhalten zurückgedrängt.

Allerdings hat der Kapitalismus den kalten Krieg gewonnen und danach eine Phase der Euphorie entfacht. Unter diesen Bedingungen sind Elemente proletarischen Klassenbewusstseins verloren gegangen, die sich zuvor entwickelt hatten.

Man sollte auch nicht vergessen, dass das sozialpartnerschaftliche Verhalten in beinahe allen kapitalistischen Ländern, darunter in den USA und Großbritannien (hier wurde die Arbeiterbewegung nicht durch den Faschismus atomisiert) anzutreffen ist, es hat sich seit Mitte der 1980er Jahre tendenziell verstärkt. Die Ursachen dafür liegen im Kapitalismus selbst, im wirklichen Lebensprozess, in den Mystifikationen, die er hervorbringt: Die Arbeit erscheint als bezahlt, die Produktivkraft erscheint als Produktivkraft des Kapitals, der Mehrwert ist zugedeckt, die Reichtumsproduktion erscheint als eine Konsequenz des (sozialpartnerschaftlichen) Zusammenwirkens der „Produktionsfaktoren“ Arbeit, Boden, Kapital. Dass im Mitbestimmungsgesetz Arbeit und Kapital vertrauensvoll zusammenwirken sollen, ist nur der rechtliche Ausdruck jener aus den Verhältnissen selbst hervorgehenden Form. Arbeiterkontrolle versteht sich dazu als Alternative. Die Mystifikationen, die schon aus dem kapitalistischen Produktionsprozess hervorgehen (verstärkt noch durch jene Mystifikationen der Zirkulation) sind Voraussetzungen und bilden die Grundlage für das sozialpartnerschaftliche Verhalten, das besonders dann hervortritt, wenn die Reproduktion einigermaßen glatt verläuft (seit Mitte der 1980er Jahre erlebte der Weltmarkt einen kleinen Aufschwung, der durch die Krise 2007/08 beendet wurde).

Solche Entwicklungen des tatsächlichen, also unmittelbar erfahrbaren Lebensprozesses stehen m. E. im Vordergrund, wenn es um die Konstitution von Bewusstsein geht. Der Faschismus von 1933ff ist längst Geschichte, die Niederlagen von damals sind es ebenso und auch die (Teil)Siege, die es immer wieder gab, gehören zur Geschichte, die im Massenbewusstsein längst nicht mehr präsent sind.

Vergessen wir auch nicht, dass nach 1945 in vielen europäischen Ländern starker kommunistischer Widerstand existierte und auch in Deutschland die KPD beachtlichen Einfluss besaß, nicht nur in Ostdeutschland, wo sie aufgrund besonderer Umstände Regierungspartei wurde, sondern auch in Westdeutschland. Die Mitteilung der Einleitung, „In Deutschland wurde mit der Linkspartei erstmals seit 1916(!) ein relevanter Teil des Proletariats links von der SPD organisiert“, ist zumindest was das Datum anbelangt recht fragwürdig.

Etwas missverständlich könnte der Satz sein: „Denn Produktiv(kraft)entwicklung und globale Arbeitsteilung sprengen nach wie vor alle Grenzen, indem sie traditionelle Bindungen an Volk, Scholle und Familie aushöhlen.“ Hier sollte der Gedanke hinzugenommen werden, dass die kapitalistische Produktionsweise es selbst ist, die unerträgliche Grenzen schafft, nicht nur in Gestalt des kapitalistischen Eigentums sondern auch in Form von Nationen (Grenzen zwischen Völkern), die sie historisch mit Notwendigkeit hervorgebracht hat und die sie stets reproduziert und

je nach Akkumulationsbedürfnis stärker hervortreten lässt, wie man derzeit an der Politik Trumps (America First) studieren kann.

(Hinweise dazu findet ihr in der jungen Welt: <https://www.jungewelt.de/artikel/311164.nationale-bourgeoisie.html> oder in meiner Langfassung: <http://guenter-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Trump.pdf>)

Die Produktivkräfte und die „globale Arbeitsteilung“ geraten nicht nur in Konflikt mit dem kapitalistischen Eigentum sondern auch mit den engen Grenzen der Nation (Kriegsgefahr!), die eben nicht ein Relikt der Geschichte ist – wie die Einleitung („traditionelle Bindungen“) nahe legen könnte – sondern eine notwendige politische Form des Kapitalismus darstellt.

Wenn man diese kapitalistischen Schranken (Eigentum/Nation) hinzunimmt, dann relativiert sich die These des ersten Satzes der Einleitung, wonach der Kapitalismus „die innovativste Gesellschaftsformation“ sei. Das Kommunistische Manifest ist da viel genauer, wenn es die aufsteigende Phase der kapitalistischen Produktionsweise von der Phase der wachsenden Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse (Eigentumsverhältnisse) (MEW 4, S. 467f) unterscheidet. Marx nennt die Handelskrisen – eine ziemlich schwere haben wir gerade hinter uns - und wir können die ungeheuren Zerstörungen durch Kriege / Nationalismus hinzunehmen. Die kapitalistische Dekadenz ist zeitweise derart groß, dass z. B. Lenin und die III. Internationale mit einer gewissen Berechtigung von der allgemeinen Krise des Kapitalismus sprachen. Faschismus und den 2. Weltkrieg muss ich gar nicht erwähnen, so offenkundig zeigte der Kapitalismus seine barbarische, dekadente Seite. Und gerade die letzte Krise (2007-09) hat zeitweise oder bis heute noch Produktivkräfte in einem derartigen Umfang vernichtet oder zumindest außer Kraft gesetzt, dass vielfach noch nicht einmal das Produktionsniveau von 2007 wieder erreicht worden ist. Es wäre doch eine Beschönigung des Kapitalismus, würde man diese Dekadenz des Kapitalismus nicht hervorheben! Und es wäre m. E. auch nötig, die ganz normalen Widersprüche und Gegensätze kapitalistischer Produktion zumindest anzudeuten.

Soweit meine allgemeinen Bemerkungen, die ich leider nicht persönlich vorbringen kann. Nun meine etwas ausführlicheren Hinweise, in blauer Schrift, direkt in den Text der **Einleitung** geschrieben.

(Die Eröffnung der Einleitung finde ich viel zu speziell. Unsere Kritik an der Kritik des Kapitalismus sollte erst vorgebracht werden, nachdem unsere vernichtende Kritik am Kapitalismus skizziert worden ist.

Bekanntlich hat die kapitalistische Epoche nicht nur den ungeheuren Reichtum entwickelt, sondern auch das Elend, die Despotie, den Druck, die Knechtschaft, die Entartung, die Ausbeutung (diese Tendenz ist notwendig, wie Marx z.B. in den Akkumulationskapiteln (VII Abschnitt von Kapital, Band I) ausführt. Um das, was ich meine, noch anschaulicher zu machen und dazu unseren wichtigen Punkt zur Länge des Arbeitstags zu skizzieren, bringe ich ein Zitat von Marx (+Aristoteles).

„Wenn also die kapitalistische Anwendung der Maschinerie einerseits neue mächtige Motive zur maßlosen Verlängerung des Arbeitstags schafft und die Arbeitsweise selbst wie den Charakter des gesellschaftlichen Arbeitskörpers in einer Art umwälzt, die den Widerstand gegen diese Tendenz bricht, produziert sie andererseits, teils durch Einstellung dem Kapital früher unzugänglicher Schichten der Arbeiterklasse, teils durch Freisetzung der von der Maschine verdrängten Arbeiter, eine überflüssige Arbeiterpopulation (154), die sich das Gesetz vom Kapital diktieren lassen muß. Daher das merkwürdige Phänomen in der Geschichte der modernen Industrie, daß die Maschine alle sittlichen und natürlichen Schranken des Arbeitstags über den Haufen wirft. Daher das ökonomische Paradoxon, daß das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit in das unfehlbarste Mittel umschlägt, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln. "Wenn", träumte Aristoteles, der größte Denker des Altertums,

"wenn jedes Werkzeug auf Geheiß, oder auch vorausahnend, das ihm zukommende Werk verrichten könnte, wie des Dädalus Kunstwerke sich von selbst bewegten oder die Dreifüße des Hephästos aus eigenem Antrieb

an die heilige Arbeit gingen, wenn so die Weberschiffe von selbst webten, so bedürfte es weder für den Werkmeister der Gehilfen noch für die Herrn der Sklaven."(155)

Das ökonomische Paradoxon allgemein gefasst besteht doch darin, dass die Quellen des Reichtums derart entwickelt sind, dass heutzutage der Aristotelische Traum vom automatisch wirkenden Werkzeug sich technisch beinahe schon erfüllt hat und dass im Gegensatz dazu Not und Elend nicht nur nicht kleiner, sondern tendenziell eher größer geworden sind. Die Lohnsklaverei verschlimmert sich und gerät gemessen an den Möglichkeiten, die da sind, zur Absurdität. Jede Krise spitzt das ökonomische Paradoxon in besonderer Weise zyklisch zu, wenn Menschen arbeitslos gemacht werden, weil sie zu viel produziert haben, sie stürzen ins Elend (siehe Griechenland, Spanien, USA – hier u. a. die Zwangsversteigerungen), trotz und wegen des Zuviels an Gütern, sie verlieren ihre produktiven Betätigungsmöglichkeiten und vermehren durch ihre Arbeitslosigkeit den Druck auf die Beschäftigten, die nun intensiver und manchmal auch länger arbeiten müssen, verbunden häufig mit Lohnkürzungen – dies alles, obwohl zu viel Güter vorhanden sind.

Dem Leser sollte der Kapitalismus nach solchen Hinweisen auf die real existierenden Paradoxien als marode, historisch längst überholte, im Interesse einer numerisch kleinen Klasse fungierende Zwanganstalt erscheinen, die neben den Insignien der mittelalterlichen Könige und Päpste als dazu progressive Gesellschaftsformation ebenfalls längst ins Museum gehört, und die endlich durch eine neue progressive, diesmal wirklich freie Gesellschaft abgelöst wird, die die Einleitung später als „kommunistische Assoziation“ bezeichnet.)

Der Kapitalismus ist entgegen der antikapitalistischen Legende vom lediglich unmenschlichen Ungeheuer die innovativste Gesellschaftsformation, die die Menschheit bisher hervorgebracht hat.

(wobei die Produktivkräfte immer heftiger gegen die zu eng gewordenen Produktionsverhältnissen rebellieren).

Sie ermöglichte(!!!) die schlimmsten Menschheitsverbrechen und eröffnet gleichwohl den Durchgang hin zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft.

(Wo kommen denn die Menschheitsverbrechen her, wenn nicht aus dem Schoße des Kapitalismus selbst. Hier werden sie produziert und keineswegs nur „ermöglicht“!)

Wohingegen der Antikapitalist „in dem Elend nur das Elend“ (Marx) und nicht die revolutionäre aufhebende Seite sieht. Denn Produktivkraftentwicklung und globale Arbeitsteilung sprengen nach wie vor alle Grenzen, indem sie traditionelle Bindungen an Volk, Scholle und Familie aushöhlen.

(Siehe meine Einleitung, wonach diese gesellschaftlichen Eingrenzungen (Volk/Nation) selbst ein Produkt des Kapitals sind. Die kapitalistische Produktionsweise selbst erzeugt die Nationen, die Konkurrenz der kapitalistischen Nationen gegeneinander ruft Kriege hervor etc).

Die Dynamik der kapitalistischen globalen Vergesellschaftung zurücknehmen zu wollen, bedeutet jedoch im kleinen, regionalen und nationalen eigenen Saft zu schmoren.

(„Eigene Saft“ – es ist doch der Saft des Kapitals, aus dem heraus die Nationen etc. gebildet werden)

Demgegenüber begreifen wir, dass die Produktivkraftentwicklung dabei ist die zu eng gewordenen Produktionsverhältnisse zu sprengen.

(hier würde ich noch die eng gewordenen Nationen hinzufügen)

Die Herkulesaufgabe besteht darin, diesen Prozess möglichst ohne erneuten Weltenbrand, geplant und zielgerichtet zu gestalten.

(Der Satz könnte missverständlich interpretiert werden in dem Sinne, dass die Produktivkraftentwicklung die Produktionsverhältnisse (kapitalistische Eigentumsverhältnisse) nach und nach abträgt, sie modifiziert (etwa durch Ausweitung der Genossenschaften, der Commons etc. – siehe dazu die vielen aktuellen Beiträge zur „finalen Krise“ etwa von Paul Mason) und auf diese Weise Platz schafft für „kommunistische Assoziationen“. Interpretiert also als einen automatischen Prozess, worin die Kommunisten nur darauf achten müssen, dass die Herrschenden im Auflösungsprozess ihrer Macht nicht die Nerven verlieren und plötzlich „zuschlagen“.

Die Herkulesaufgabe muss das Proletariat doch dadurch erledigen, indem es die herrschenden Klassen durch die eigene Tat (=Revolution) stürzt und die eigene Klassenmacht gegen die Herrschenden bewusst und vor allem wirksam organisiert. In dieser Frage finde ich Lenins Buch, „Staat und Revolution“ wegweisend!)

Es ist schon merkwürdig, dass der Begriff „Revolution“ derzeit mehr von Bürgern (siehe z. B. Emmanuel Macron, der gerade die zweite französische Revolution ausgerufen hat) als von Linken verwendet wird. Warum spricht die Einleitung nicht klar und deutlich ebenfalls von einer Revolution, einer proletarischen Revolution der großen Masse, die unbedingt notwendig ist, um die Herrschenden zu stürzen und um in diesem Prozess den ganzen alten Dreck hinter sich zu lassen.

So ist zum Beispiel der Weltmarktführer Amazon nicht zu zerschlagen und der kleinbürgerliche Buchladen zu glorifizieren. Vielmehr gilt es bei Amazon im ersten Schritt die Arbeitermacht stark zu machen und im zweiten Schritt das Unternehmen in Arbeiterhände zu überführen, bevor die kommunistische Assoziation die Produktion gesellschaftlich organisieren kann. Das eine ist aber die objektive Notwendigkeit, etwas anderes ist es, diese Notwendigkeit subjektive Wirklichkeit werden zu lassen. Erst der Bildungsprozess des Proletariats zur sich selbst bewussten Klasse und damit zur politischen Partei ermöglicht objektives und subjektives Moment zu vermitteln.

Der politische Weg der proletarischen Emanzipation scheint allerdings weniger denn je in Sicht.

(Das finde ich etwas zu pessimistisch: Seit den Nuller Jahren wird über den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ diskutiert. In einigen lateinamerikanischen Staaten steht diese Frage mal mehr mal weniger deutlich im Vordergrund. In den USA hat Sanders einen erfolgreichen Wahlkampf geführt, der den Sozialismus zumindest thematisierte. In Europa fanden seit der Krise von 2008 spektakuläre Massenkämpfe statt, worin nach einem Ausweg aus der Krise in Richtung Emanzipation gesucht worden ist. Und auch in Deutschland werden Wege der proletarischen Emanzipation diskutiert. Ich denke, dass die proletarische Plattform den „politischen Weg der proletarischen Emanzipation“ sehr wohl auf dem Schirm hat – und das gilt natürlich auch für viele andere Diskussionszusammenhänge und Gruppen. Man muss nur entsprechende Suchbegriffe bei Google eingeben, um sich ein Bild von der großen Vielfalt der Diskussion zu machen).

Ihn überhaupt erneut einzuschlagen, wäre ein entscheidender Schritt. Wenn überhaupt, dann vermag nur das vereinte Proletariat Europas mit seiner revolutionären Tat die chauvinistischen, militaristischen und völkischen Tendenzen zu durchkreuzen.

(„das Proletariat“ reicht m. E. aus; inwieweit es seine revolutionäre Tat als vereintes Proletariat Europas durchführen wird, ist schwer vorauszusagen. Es dürfte keineswegs sicher sein, dass die Bourgeoisie in allen Ländern gleichzeitig geschlagen wird. Der Hinweis von Marx im Kommunistischen Manifest (wiederholt in der Kritik des Gothaer Programms) besitzt m.E. auch heute noch Gültigkeit: „Obgleich nicht dem Inhalt ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden“. (MEW 4, S. 473)

„zu durchkreuzen“ und dazu nur die „chauvinistischen, militaristischen und völkischen Tendenzen“ ist arg bescheiden. Das ist doch nicht die geforderte „proletarische Emanzipation“ – oder etwa doch??? Soll der Kapitalismus weiterlaufen nur ohne Chauvinismus, Militarismus und völkische Tendenzen? Ich denke, wir sollten diese Formulierung durch eine klare These ersetzen,

die unmißverständlich auf die Revolution, also auf die Umwälzung (=Abschaffung des Kapitalismus + Herstellung der oben geforderten „kommunistischen Assoziation“) verweist.

Dazu bedarf es der Politikfähigkeit des Kommunismus. Von der Niederlage im Kampf gegen den europäischen Faschismus hat er sich bis heute nicht erholt. Es folgt die postfaschistische Harmonie von Sozialpartnerschaft und Volksfront. Mit den Gerede von der sozialen Marktwirtschaft verschwindet der Gedanke ans Klasseninteresse. In Deutschland wurde mit der Linkspartei erstmals seit 1916 ein relevanter Teil des Proletariats links von der SPD organisiert.

(siehe dazu meine Eingangsbemerkungen)

Dadurch wurde das Moment der subjektiven Klassenformierung vorsichtig auf die Agenda gesetzt. Doch der Klassenkampf bleibt zersplittert, fragmentiert und gespalten. Der Kommunismus übt sich in aktionistischer Antipolitik, die sich im hilflosen hinterher traben und der Vergabe altkluger Haltungsnoten ohne Konsequenzen erschöpft, oder in der Illusion mit den besseren Vorschlägen an den Staat die üblen Folgen des Kapitalismus eindämmen zu können.

(mir ist nicht klar, welcher Kommunismus da gemeint ist. Vielleicht wäre es passend, da Ross und Reiter zu nennen)

Den bürgerlichen Reformagenden muss vielmehr ein proletarisches Aktionsprogramm entgegengesetzt werden.

Das objektive Interesse des Proletariats besteht darin, sich selbst als Klasse aufzuheben, die Lohnsklaverei aufzuheben. Dies kann es nur, indem alle Klassen überwunden werden, die gesamte alte Gesellschaft gesprengt wird. Das bürgerliche Staatswesen bezweckt die Klassengesellschaft und damit sich selbst zu verewigen.

(Das bürgerliche Staatswesen bezweckt m. E., die Interessen der herrschenden Klassen zu fördern, wozu auch der Erhalt der Klassengesellschaft gehört. Aber der Staat hat diese Klassengesellschaft nicht eingerichtet – wie u. a. der Verein „Gegenstandpunkt“ behauptet. Der Staat als Konsequenz der Klassengesellschaft, daher Klassenstaat (hier wieder die scharfsinnige Schrift von Lenin, Staat und Revolution) bleibt ausgeblendet. Aber das ist genau die Hauptsache, um zu erkennen, dass der Staat nicht einfach nur für andere Zwecke in Besitz genommen werden kann!!!)

Der proletarische Staat verfolgt das diametral entgegengesetzte Ziel: Sich selbst überflüssig machen. Um diese Anhöhe der Macht zu erringen, bedarf es eines Aktionsprogramms. Es setzt daher im Hier und Jetzt an und verfolgt das Ziel, den Prozess des Übergangs hin zur klassenlosen Gesellschaft in Gang zu bringen.

Ein umfangreiches Übergangsprogramm kann nur im Klassenkampf selbst errungen und erarbeitet werden. Um die Richtung eines solchen Programms zu verdeutlichen, legen wir hier fünf programmatische Eckpunkte vor. Sie sollen dazu beitragen, das Interesse des Proletariats selbstbewusst zu formulieren. Die elementaren Lebensinteressen des Proletariats zu verteidigen, bedeutet heute sich unmittelbar in Gegensatz zum Kapitalismus zu setzen.

(nur letzter Satz: ...sich unmittelbar in Gegensatz zum Kapital zu setzen, wäre m. E. korrekt, nicht Kapitalismus. Kampf innerhalb des Lohnsystems, wie Marx u.a. den Lohnkampf nannte, ist noch nicht Kampf gegen das Lohnsystem. Und die Aufgabe der Kommunisten besteht gerade darin, diese Perspektive zu öffnen und als notwendig aufzuzeigen.)

Während die Bourgeoisie ihr Interesse gegen das Proletariat klar formulieren kann, hat die arbeitende Klasse ihre unmittelbaren Bedürfnisse noch nicht wieder ausbuchstabiert.

Folgende fünf Punkten legen wir zur Diskussion vor: 1) Verteidigung des Streikrechts, da es hier um die aktuellen ökonomischen Kampfbedingungen der Klasse geht 2) Arbeitszeitverkürzung, da es hierbei um den zentralen Widerspruch des Kapitalismus zwischen Kapital und Arbeit geht und

die Fragen aufwirft: Wem gehört der Mehrwert und wer verfügt über die Zeit? 3) Die staatlichen Sozialkassen in die Hände der arbeitenden Klasse, weil sie gut leben muss, auch wenn sie ihre Arbeitskraft nicht verkaufen kann, und gegen fundamentale Unbill gewappnet sein muss 4) Steuersystem so reformieren, dass die Bourgeoisie ihren Staat selbst bezahlt 5) Demokratisierung der Armee, damit die Klasse nicht auf sich selber schießen muss.

Ein breiterer proletarischer Forderungskatalog, der auf weitere Lebensbereiche des Proletariats einwirkt, ergibt sich im Klassenkampf.

Hamburg, 17. April 2017